

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Geleitwort	7
Abkürzungsverzeichnis	15
1. Einleitung	21
2. Historische Grundlagen der Entwicklung „smarter“ Finanzsanktionen und kontextuelle Einbettung des Themas aus politologischer Sicht	33
2.1 Sanktionen – Historische Einführung in das Thema	33
2.1.1 Von den Anfängen bis nach dem Ende des Kalten Krieges	33
2.1.2 Zur historischen Entwicklung der Finanzsanktionen im Besonderen	38
2.1.2.1 Die Anfänge	38
2.1.2.2 Das Beispiel der Republik Südafrika (während der Apartheid)	39
2.1.2.3 Das Beispiel Iran (nach dem Sturz des Schah)	39
2.1.2.4 Fazit aus den Finanzsanktionen gegenüber Südafrika und Iran	40
2.1.2.5 Das Beispiel Irak	40
2.1.2.6 Paradigmenwechsel in der VN-Sanktionspolitik zum Erlass „smarter“ Finanzsanktionen	43
2.2 Ideengeschichtliche und politikwissenschaftliche Einordnung von Sanktionen	44
2.2.1 Von der Antike bis zu den Begründern des modernen Völkerrechts	44
2.2.2 Von der Moralphilosophie Kants zu VN-Sanktionen als Instrument kollektiver Friedenssicherung	46
2.2.3 Das Sanktionsinstrument im Lichte der <i>Global Governance</i> -Debatte und weiterer Theorien	51

3.	Wirtschafts- und Finanzsanktionen als Instrumente der Economic Statecraft – Ein Paradigmenwechsel	55
3.1	Die Ausgangslage	55
3.2	Die kritische Schule und ihr Beitrag zur Einleitung des Paradigmenwechsels	58
3.2.1	Die Arbeiten von Galtung und Baldwin	58
3.2.2	Der Beitrag Doxeys	60
3.2.3	Die kritische Beurteilung von Wirtschaftssanktionen im Bossuyt-Bericht	61
3.3	„Smarte“ Finanzsanktionen als Instrumente der Economic Statecraft – Die affirmativen Ansätze in der Theoriediskussion	62
3.3.1	Die IIE-Studie von Hufbauer et al.	63
3.3.2	Die Arbeiten von Blanchard und Ripsmann	64
3.3.3	Standardsetzung durch den Interlaken- und Stockholm-Prozess	65
3.3.3.1	Der Interlaken-Prozess	65
3.3.3.2	Der Stockholm-Prozess	67
3.3.3.3	Kritische Würdigung der beiden Standardsetzungsprozesse	68
3.3.4	Weitere Untersuchungen zu „smarten“ Sanktionen und ihr Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion	70
3.3.5	Die Beiträge von Cortright/Lopez und Bossuyt zum Paradigmenwechsel	72
3.4	Theoretischer Untersuchungsansatz (das Drei-Stufenmodell)	75
3.4.1	Ebene 1: Legitimität, Legalität und Effektivität von Finanzsanktionen – Der Katalog des „Six-Prong-Test“ (der Untersuchungsansatz auf der Makroebene)	76
3.4.2	Ebene 2: Praktische, konsistente und effektive Umsetzung der Maßnahmen – Der Regimeverzahnungsprozess und die Zusammenarbeit an der Schnittstelle zwischen Staat und Kreditwirtschaft (der Untersuchungsansatz auf der Mesoebene)	80
3.4.3	Der zusammengefasste Kriterienkatalog des Untersuchungsansatzes für die Makro- und Mesoebene	84
3.4.4	Ebene 3: Praxisgerechte Vorgaben zur effektiven Umsetzung der Maßnahmen im Bankensektor (der Untersuchungsansatz auf der Mikroebene)	85

4.	„Smarte“ Finanzsanktionen der EU als Ausdruck des Paradigmenwechsels	89
4.1	Die zu regelnde Sachproblematik – Hintergründe, Grundlagen, rechtspolitischer Rahmen für „smarte“ Finanzsanktionen der EU und benachbarte Regime	89
4.1.1	Einleitende Bemerkungen	89
4.1.2	Das VN-Sanktionsregime als völkerrechtliche Grundlage für die „smarten“ Finanzsanktionen der EU	91
4.1.3	Ziele sowie rechtspolitischer und institutioneller Gesamtrahmen für „smarte“ Finanzsanktionen der EU	96
4.1.3.1	Rechtliche Grundlagen und außenpolitische Ziele	96
4.1.3.2	Rechtstechnische Aspekte des Designs und Erlasses der Maßnahmen	99
4.1.3.3	Rechtliche Umsetzung und Geltung der Maßnahmen in den Mitgliedstaaten	103
4.1.4	Weitere sanktionspolitisch bedeutsame Grundlagen	105
4.1.4.1	EU-Grundprinzipien und -Leitlinien zur Umsetzung der Maßnahmen	105
4.1.4.2	EU- <i>Best-Practices</i> -Papier zur Umsetzung der Maßnahmen	106
4.1.5	Benachbarte Regime und Vorschriften der EU zur Bekämpfung der Geldwäsche, Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung sowie zum Zahlungsverkehr	107
4.1.5.1	Terrorismus und seine Finanzierung im besonderen Fokus des Finanzsanktions- und Anti-Geldwäscheregimes der EU	108
4.1.5.2	Das Regime der Dritten EU-Anti-Geldwäscherichtlinie	112
	Exkurs: Umsetzung des EU-Anti-Geldwäscheregimes in deutsches Recht	113
4.1.5.3	Das Regime der EU-Geldtransfer-Verordnung	123
4.1.5.4	VN-, FATF und EU-Vorgaben zur Bekämpfung der Proliferationsfinanzierung	128
4.1.5.5	EU-Barmittel-Verordnung	137
4.2	Ausgewählte Regulierungsansätze der EU im Bereich der Finanzsanktionen	140
4.2.1	Ein Überblick über das geltende Finanzsanktionsregime der EU	140

	Exkurs: Politologische Betrachtungen des EU-Sanktionsregimes anhand ausgewählter sozioökonomischer Indikatoren	142
4.2.2	Darstellung ausgewählter Finanzsanktionsmaßnahmen der EU	147
4.2.2.1	Terrorismus-Verordnung Nr. 2580/2001	147
4.2.2.2	Al-Qaida-Verordnung (Ex-Taliban-Verordnung) Nr. 881/2002	154
4.3	Zusammenfassende Einschätzung und für die weitere Untersuchung relevante Fragen	162
5.	Analyse der Terrorismus- und Al-Qaida-Verordnung der EU aus politologischer Sicht (Makro- und Mesoebene)	165
5.1	Gerechte, legitime und realistische politische Ziele der Maßnahmen	165
5.2	Internationale Kohärenz der Maßnahmen	167
5.2.1	Erster Indikator: Relativ kurzer Entscheidungsprozess	167
5.2.2	Zweiter Indikator: Sanktionen mit „Zähnen“	168
5.2.3	Dritter Indikator: Zügige und glaubwürdige Beschlussumsetzung	173
5.3	Fokussierung der Sanktionsmaßnahmen	175
5.3.1	Öffentliche Kontroverse und Kritik am EU-Listungsverfahren	176
5.3.2	Urteil des EuGH zum EU-Listungsverfahren	181
5.3.3	Würdigung und Ausblick	183
5.4	Analyse der wirtschaftlichen Verwundbarkeit des Zielsubjekts (<i>Target</i>) und der wirtschaftlichen Kosten für die <i>Sender</i> -Staaten	186
5.4.1	Analyse der wirtschaftlichen Verwundbarkeit des <i>Target</i>	186
5.4.2	Analyse der wirtschaftlichen Kosten für die <i>Sender</i> -Staaten	195
5.5	Akzeptanz der Maßnahmen in den <i>Sender</i> -Staaten	203
5.6	Notwendige rechtliche Autorität und institutionelle Durchführungskapazitäten in den <i>Sender</i> -Staaten sowie der Umgang mit Regimeverzahnungen	205
5.6.1	Auf Ebene der EU	206
5.6.2	Auf Ebene des EU-Mitgliedstaates Deutschland	210
5.7	Konsistente und effektive Durchführung der Sanktionsvorgaben angesichts der Regimeverzahnungsproblematik	230
5.7.1	Problemlage und Kritik	230

	Exkurs: Schwierigkeiten bei Durchführung der Vorgaben zur Anti-Proliferationsfinanzierung	238
	Exkurs: Auslegung der Vorgabe zur Sicherstellung des mittelbaren Bereitstellungsverbots	240
	Exkurs: Problematik der sogenannten „Doppelprüfung“	244
	Exkurs: Problem der mangelnden behördenseitigen Rückmeldung bei erstatteten Verdachtsanzeigen	252
5.7.2	Fazit – Lösungsmöglichkeiten auf der Mesoebene	255
6.	Analyse der Terrorismus- und Al-Qaida-Verordnung der EU aus bankpraktischer Sicht (Mikroebene)	259
6.1	Analyse der Durchführungsprobleme aufgrund von Regelungsinkonsistenzen und anderen Defiziten	259
6.1.1	Unterschiedliche Definitionen hinsichtlich Gelder, Ressourcen und Finanzdienstleistungen	260
6.1.2	Definition und Handhabung des Einfrierungsgebots und des Bereitstellungsverbots	263
6.1.3	Genehmigungspraxis und Berücksichtigung von Ausnahmetatbeständen	266
6.1.4	Zivil- und strafrechtliche Risiken sowie Umgehungstatbestand	269
6.1.5	Listungsproblematik und ausreichende Datenbasis	270
6.2	Herausforderungen einer regimeverzahnten Maßnahmendurchführung	272
6.2.1	Implikationen für die institutsinternen Prozesse	272
6.2.1.1	Ausgangspunkt: Research	272
6.2.1.2	Verzahnter Ansatz bei der Maßnahmendurchführung	276
6.2.2	Implikationen für Compliance- und andere Risiken sowie für die Strafbarkeit	282
6.2.2.1	Strafbarkeit gemäß Außenwirtschaftsgesetz	282
6.2.2.2	Compliance- und operationelle Risiken nach § 25c Kreditwesengesetz	283
6.2.2.3	Strafbarkeit gemäß Geldwäschegesetz	285
6.2.2.4	Zivilrechtliche Risiken und Sonderprobleme	285
6.2.2.5	Weitere rechtliche Risiken	287
6.2.2.6	Fazit	288

7.	Vorschläge zur Verbesserung des Finanzsanktionsregimes der EU auf der Makro-, Meso- und Mikroebene	289
7.1	Verbesserungsvorschläge auf der Makro- und Mesoebene aus politikwissenschaftlicher Sicht	290
7.1.1	Bessere internationale Kohärenz der Maßnahmen	291
7.1.2	Bessere Fokussierung des Listungsverfahrens	292
7.1.3	Lastenausgleich durch Kostenbeteiligung der Sender-Staaten an den Compliance-Kosten der Kreditwirtschaft	294
7.1.4	Bessere Akzeptanz der Maßnahmen im „Gesamtpaket“	295
7.1.5	Steigerung der institutionellen Umsetzungs- bzw. Durchführungskapazitäten in den Sender-Staaten und bessere Verzahnung der Regime	296
7.1.6	Konsistentere und effektivere Durchführung sowie größere Wirksamkeit der Maßnahmen	298
7.2	Vorschläge zur praxisgerechten und regimeverzahnten Durchführung von Finanzsanktionen auf der Mikroebene	301
7.2.1	Vorschlag: Verbesserung der Datenbasis	303
7.2.2	Vorschlag: Bankpraktische Definition sowie Handhabung des Einfrierungsgebots und des Bereitstellungsverbots	305
7.2.3	Vorschlag: Etablierung einer effizienten Genehmigungspraxis und verstärkte Berücksichtigung von Ausnahmetatbeständen	306
7.2.4	Vorschlag: Minimierung zivil- und strafrechtlicher Risiken sowie klare Definition des Umgehungstatbestands	309
7.2.5	Vorschlag: Wegfall der Doppelprüfungspflicht für Banken im EU-Zahlungsverkehr	311
7.2.6	Vorschlag: Formulierung konsistenter bankpraktischer Standards zur Stärkung des künftigen EU-Finanzsanktionsregimes	319
8.	Ergebnisse und Ausblick	323
8.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	323
8.2	Kritische Würdigung der Ergebnisse und Ausblick	334
	Literaturverzeichnis	339